

„Vom Freihandel hängt auch unsere Freiheit ab“

Wasserwerk-Gespräch der Konrad-Adenauer-Stiftung

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede

um den Freihandel steht es seit einiger Zeit nicht sonderlich gut.

Das zeigt schon ein Blick auf die lamentable Situation der Welthandelsorganisation.

Der Kollaps der Ministerkonferenz in Cancun im September 2003, das Scheitern in Genf im Juli letzten Jahres, die kaum vorwärts kommenden Versuche Pascal Lamys zur Wiederbelebung seit dem Februar dieses Jahres – die Doha-Runde der WTO weist Krankheitssymptome auf, die das Schlimmste befürchten lassen.

Dabei begann alles so hoffnungsvoll.

Unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September 2001 hatte die vierte Ministerkonferenz in Doha (Katar) im November darauf zu einem Schulterchluss aller Mitgliedsländer geführt.

Die nächste Runde der Verhandlungen zur multilateralen Handelsliberalisierung solle ganz in den Dienst der Entwicklungsagenda gestellt werden.

Vergessen war das vorangegangene Siechtum der WTO seit dem Scheitern der Ministerkonferenz in Seattle 1999.

Die Einigkeit, die durch den Abscheu über den Terror gestiftet wurde, verflog indes bald.

Der Irakkrieg beschleunigte den Prozess, aber es war stets abzusehen, wann die hehren Ideale wieder mit den nüchternen realen Wirtschaftsrealitäten kollidieren würden:

Die EU-Agrarpolitik, die US-Baumwollsubventionen oder die Frage des geistigen Eigentums im Bereich der Pharmabranche.

Jedem guten Ökonomen ist klar, dass diese Entwicklung negative wirtschaftliche Konsequenzen haben wird.

Insbesondere die Entwicklungsländer leiden darunter, aber auch den Industrieländern entgehen enorme Wachstumschancen.

Es ist aber nicht dieser Aspekt, den ich heute in den Vordergrund stellen möchte.

Ich denke nämlich, dass die Folgen eines Niedergangs des Freihandels weit über die Sphäre des Ökonomischen hinausgehen.

Die Offenheit eines Landes in Handel und Wirtschaft hängt in hohem Maße mit der allgemeinen Liberalität und dem Freiheitsgrad der Bürger zusammen.

So ist auch in dieser Hinsicht der Freihandel die beste Form der Entwicklungshilfe.

Eines der Probleme, weshalb viele Länder wirtschaftlich nicht aufsteigen, ist die Tatsache, dass sie von autoritären, kleptokratischen und korrupten Regimen beherrscht werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DR. OTTO GRAF LAMBSDORFF

10. September 2007

www.kas.de

Unter solchen Bedingungen kann sich keine funktionierende Marktwirtschaft bilden, denn diese setzt ein Mindestmaß an rechtsstaatlichen Strukturen voraus.

In diesem Kontext ist häufig vom „Resource curse“ – dem Fluch der Ressourcen – die Rede.

Die Abhängigkeit eines Landes von einigen, wenigen natürlichen Ressourcen, so die These, begünstige dort verantwortungslose Politiken.

Das ist plausibel, weil ein Regime, das ohne Aufwand Geld durch Ressourcenverschleuderung beziehen kann, kein sonderliches Interesse mehr an der Pflege von Steuerquellen und damit am wirtschaftlichen Gesunden des Landes und damit wiederum am Wohlbefinden seiner Bürger hat.

Eine im März dieses Jahres von IMF herausgegebene Studie hat hierzu ein erstaunliches Resultat zutage gefördert.

Ob Ressourcenabhängigkeit zum Fluch wird oder nicht, hängt demnach in hohem Maße von der Offenheit des Marktes ab.

Bei wenig protektionistischen und freien Handelsregimen kann sich der Fluch durchaus in einen Segen verwandeln.

Oder um es mit einem plastischen Beispiel zu sagen:

Der Diamantenreichtum Botswanas, das sich durch eine umsichtige Wirtschafts- und Handelspolitik auszeichnet, hat dem Land einen Wohlstandsanstieg und halbwegs geordnete Verhältnisse beschert, während ein von sozialistischen Wahnvorstellungen unfähiger Hugo Chavez gerade dabei ist, nicht nur sein Land, sondern auch seine Nachbarländer in Richtung Chaos und Diktatur zu treiben.

Aber ich möchte nicht nur von einseitig rohstoffabhängigen Entwicklungsländern reden.

Während der Ressourcenfluch auf die Entscheidungen einzelner Regierungen zurückführbar ist, ist der Niedergang der Welthan-

delsordnung und des multilateralen Freihandelssystems auch eine Wirkung des Verfalls eines globalen Mechanismus.

Dort, wo der Multilateralismus sich zurückzieht, treten Regionalismus und Bilateralismus in seine Fußstapfen.

Fast die Hälfte des Warenhandels läuft heute bereits innerhalb regionaler Handelszonen wie EU, NAFTA oder ähnlicher Handelsabkommen ab.

Die Tendenz ist wachsend. Dass dies so ist, ist verständlich.

Die Frustration über die Stagnation im multilateralen WTO-System verführt zu Sonderwegen.

Langfristig sind sie in hohem Maße schädlich.

Es gibt Gründe, weshalb die WTO-Agenda eigentlich nahe legt, dass bilaterale Abkommen nur in Ausnahmefällen legitimiert seien.

Zwei Gründe seien genannt, weil sie die Stabilität freiheitlicher Demokratien betreffen.

Erstens:

Je mehr sich ein Land gesondert seinen wichtigsten Handelspartner öffnet (wie z. B. die EU-Länder untereinander), desto eher nimmt das Interesse an notwendigen Liberalisierungen gegenüber Drittländern ab.

Anders gesagt:

Je geringer das Handelsvolumen desto geringer das handelspolitische Interesse.

Das trifft vor allem die Entwicklungsländer, die sich ja durch geringe Handelsvolumina auszeichnen.

Sie laufen Gefahr, links liegen gelassen zu werden.

10. September 2007

www.kas.de

Genau dies destabilisiert dann in diesen Ländern die Ansätze von Freiheit und Demokratie.

Der Protektionismus der Industrieländer gegen die Entwicklungsländer schafft protektionistischen und antiglobalistischen Regierungen in den armen Ländern einen ideologischen Vorwand für ihr Tun.

Zweitens:

Der – zugegebenermaßen langwierige – Konsensprozess innerhalb der WTO verhindert in einem recht hohen Maße die Vermachtung von Wirtschaftsbeziehungen.

Auch ärmere Länder, die über weniger Geld und Lobbies verfügen als die Industriestaaten, verfügen über beachtliche Vetorechte. Insbesondere im Gewirr des Bilateralismus herrscht hingegen die Vermachtung pur.

Es können die Interessen wirtschaftlich oder politisch mächtiger Staaten leicht durchgesetzt werden.

Zugleich gibt es hier meist keine echten Freihandelsabkommen, sondern nur Vehikel für die strategische Wirtschaftspolitik.

Sogenannte „freiwillige“ Selbstbeschränkungen oder Quotierungen sind in den meisten Fällen Teil der Verträge.

Selbst ein durchaus vorbildliches Abkommen wie NAFTA legte etwa Quoten für die Einfuhr in Mexiko genähter Büstenhalter in die USA fest.

Je mehr Sonderabkommen es gibt und umso mehr sie sich überlappen, umso mehr wird die Welt die schleichende Erosion des Freihandels beobachten.

Es ist diese Vermachtung der Außenhandelspolitik, die nähere Betrachtung verdient.

Man möge mir verzeihen, wenn ausgerechnet ich jetzt in marxistische Terminologie ver falle.

Aber es ist schon etwas dran an der Lehre vom ökonomischen Unterbau und dem ideologischen Überbau.

Wo sich die ökonomische Tektonik so verzerrt, da wird dies nicht ohne Folge für das politische und ideologische Klima in den betroffenen Ländern bleiben.

Der Geist der wirtschaftlichen Abschottung ist fast immer auch ein Geist der politischen, sozialen und kulturellen Abschottung.

Das muss Sorge bereiten.

Wir stellen fest, dass die große Globalisierungseuphorie der 80er und 90er Jahre mit einem Siegeszug von Freiheit und Demokratie verbunden war.

Das Sowjetimperium erfuhr sein wohlverdientes Ende.

In Lateinamerika – einst der Tummelplatz grotesker Diktatoren – blieb nur noch Kuba unfrei und undemokratisch.

In Afrika fielen einst uneinnehmbar Zwingburgen der Tyrannei – Südafrika, Ghana und Senegal seien erwähnt.

Auch Asien sah die Demokratie in Indonesien und anderen Ländern auf dem Siegeszug.

Selbst China, dass unter der Schreckensherrschaft Mao alleine in der Zeit des „Großen Sprungs“ Ende der 50er Jahre schätzungsweise dreißig Millionen Menschenleben zu beklagen hatte, ist zwar immer noch eine blutrünstige Tyrannei, aber verglichen mit früher sind Verbesserungen zu bemerken, die fast ausschließlich auf die wirtschaftliche Öffnung zurückzuführen sind.

Diese Verbesserungen müssen genutzt werden. Die Bundeskanzlerin tut das in vorbildlicher Weise. Sie verdient dafür Respekt. Besser noch wäre Nachahmung, vor allem durch die Vertreter der Wirtschaft. Alle diese Fortschritte sind gefährdeter als man denkt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DR. OTTO GRAF LAMBSDORFF

10. September 2007

www.kas.de

Mit dem Erlahmen der Welthandelsordnung und dem Einsetzen der ideellen Dominanz des Antiglobalismus haben sich in letzter Zeit sichtbar politische Koordinaten verschoben.

Der Vormarsch des militanten Islamismus ist nur eine Facette des Bildes.

In Lateinamerika reetablieren sich unter neo-sozialistischen Vorzeichen diktatorische Tendenzen.

In vielen Ländern des ehemaligen Sowjetimperiums feiert der Nationalpopulismus fröhliche Urständ.

Dass in Russland ein „lupenreiner Demokrat“ herrsche, ist ein Ausspruch, der heute allenfalls Heiterkeit auslöst – obwohl die Sache an sich eher zur Trauer Anlass gibt.

Nirgendwo sind international trendsetzende liberale Reformregierungen in Sicht, wie sie in den 80er Jahren mit den Amtsantritten Ronald Reagans und Margaret Thatcher einsetzten.

Die USA könnten jederzeit eine neue Dynamik entfachen, wenn sie nur wollen. Präsident Bushs Bilanz in der Handelspolitik ist aber eher durchwachsen. Die demokratische Opposition neigt offen einem Protektionismus zu, der uns in Zukunft sicher Probleme bereiten wird.

Die EU ist zurzeit ebenfalls keine Vorreiterin des freien Handels.

Das Scheitern der Dienstleistungsrichtlinie zeigte, dass man selbst internem Arbeitsmarktprotektionismus zuneigt.

Bedenklich ist auch ein Ergebnis der deutschen Ratspräsidentschaft in Bezug auf den Verfassungsvertrag.

Hieß es noch im Verfassungsentwurf: „Die Union bietet ihren Bürgern ... einen Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb.“, so soll jetzt auf Frankreichs Wunsch dieser Hinweis auf den Wettbewerb entfallen.

Ein böses Omen, in der Tat – aus Sicht eines Menschen, der über den Horizont der reinen Wirtschaftsfreiheit hinaussieht.

Mit dem neuerlichen Einzug des Antiglobalismus haben sich die Einstellungen zur Politik in Europa und Deutschland zu wandeln begonnen.

Die Heuschreckendebatte vor einigen Jahren, die mit kruden Antiamerikanischen Tönen begleitet wurde, war der Vorbote – einer der sich in einer demokratischen Kultur eher unschön ausnahm.

Die Mehrheit der Bevölkerung scheint seither die doch so nachweisbar freiheitsfeindliche Idee des Sozialismus wieder prinzipiell für gut zu halten.

Allensbach hat ermittelt, dass die Intoleranz der Deutschen seit einiger Zeit deutlich zunehme.

Wo die Wirtschaftsabschottung für gut befunden wird, wird die mentale Ausgrenzung anderer Menschen folgen, weshalb dieser Befund kaum überraschen kann.

Nationale Abgrenzungen sind heute fast selbstverständlich geworden.

Man wolle keine „amerikanischen Verhältnisse“, hört man allenthalben.

Der „amerikanische Kapitalismus“ bedrohe das „europäische Sozialmodell“ und dessen Errungenschaften, zu denen – so könnten Spötter sagen – vor allem hohe strukturelle Arbeitslosigkeit gehört.

Linke und rechte Globalisierungsgegner scheinen sich hier immer mehr anzunähern wie Oskar Lafontaines recht offen betriebenes Stimmenfangen nach rechts (gegen „Fremdarbeiter“) im letzten Bundestagswahlkampf zeigte.

Es ist naiv zu glauben, dass sich eine Abschottungsideologie – denn das ist das Aufbegehren gegen Freihandel – auf eine Sphäre begrenzen lässt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DR. OTTO GRAF LAMBSDORFF

10. September 2007

www.kas.de

Ich will hier keine Panik machen, denn Geschichte verläuft nicht nach naturgesetzlich vorbestimmten Gesetzen.

Die Analogie mit früheren Abschnitten unserer Geschichte kann daher nur Anregungen geben und mögliche Tendenzen aufzeigen.

Dennoch halte ich den Blick auf die große Ära des Freihandels im 19. Jahrhundert für aufschlussreich.

Sie verlief parallel zu einem hohen Maß an politischer Liberalisierung, dem Wachstum des Verfassungsstaats, der Offenheit der Grenzen.

Bismarcks handelspolitische Wende von 1878, die die bisherige liberale Freihandelspolitik durch eine nationalistische Schutzzollpolitik ersetzte, ging Hand in Hand mit einer schleichenden Paradigmenwende in allen Politikbereichen, die in der wilhelminischen Ära ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Die Freihandelsära – eine Zeit ungeheueren sozialen Fortschritts – wurde fortan mit der irreführenden und bewusst ausländerfeindlichen Phrase „Manchestertum“ bedacht.

Auch den damals aufkommenden Antisemitismus muss man in diesem Kontext sehen.

Er war zum großen Teil eine Facette des Anti-Freihändlertums.

Der Antisemitismusstreit von 1879 verdeutlichte das, wie jedes Studium der abscheulichen Texte der Zeit zeigt.

Nicht nur für die „englischen Krämerseelen“ stand auf einmal der Begriff des „Manchestertums“, sondern auch für den „spekulierenden Juden“.

Der Hamburger Linksdemokrat Wilhelm Marr, der Erfinder des Begriffs „Antisemitismus“, schrieb:

„Das Judentum ist das angewandte, bis zum Extrem durchgeführte Manchestertum.

Es kennt nur noch den Handel, und auch davon nur den Schacher und Wucher.

Er arbeitet nicht selber, sondern lässt Andere für sich arbeiten, es handelt und spekuliert mit den Arbeits- und Geistesprodukten Anderer.

Sein Zentrum ist die Börse...

Als ein fremder Stamm steht es dem Deutschen Volk gegenüber und saugt ihm das Mark aus.

Die soziale Frage ist wesentlich Gründer- und Judenfrage, alles übrige ist Schwindel.“

Dieses infame antisemitische Zerrbild, so kann man nur anmerken, hat mit den echten Errungenschaften der manchesterliberalen Freihandelsepoche gar nichts zu tun, außer dass man vage dessen handelspolitische Anliegen mit allerlei unschönen Vorurteilen beliebig kombiniert hat.

Auch Bismarck bediente die entsprechenden Klischees, wenn er von der „Clique der Manchesterpolitiker, die Vertreter des mitleidlosen Geldsacks“ sprach.

Heute ist die zum Teil absurde Verwendung des Begriffs „Neoliberalismus“ durch die Globalisierungsgegner das passende Gegenstück.

Vergessen ist, dass die Neoliberalen einst die Soziale Marktwirtschaft erfanden und ebenfalls eine Epoche sozialen Fortschritts einleiteten.

Ludwig Erhard hat sich selbst als Neoliberalen bezeichnet.

Einige seiner späteren Parteifreunde scheinen das vergessen zu haben.

Die Diffamierung hat heute solche Ausmaße angenommen, dass für historische Wahrheiten im politischen Diskurs kaum mehr Platz ist.

Was dem illiberalen Schutzzöllner früher der „englische Händlergeist“ war, ist dem heuti-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DR. OTTO GRAF LAMBSDORFF

10. September 2007

www.kas.de

gen Globalisierungsgegner sein antiamerikanisches Feindbild.

Gewürzt wurde es damals mit gegen den Kapitalismus gerichteten antisemitischen Einlagen– was sich heute zwar noch (?) verbietet, aber mit dem Antizionismus wenigstens einen Teilersatz erfahren hat.

Wir wissen, wohin das damals führte, nämlich auf die abschüssige Bahn zum Ersten Weltkrieg.

Ich will damit nicht den Teufel an die Wand malen.

Auch nicht damit, dass der Weltkrieg auch noch die letzten Reste des Freihändlertums beseitigte und damit die wohl dunkelste Epoche der Menschheitsgeschichte einleitete.

Der Protektionismus ebnete damals dem Totalitarismus und dem Krieg den Weg.

Man denke an den Smoot-Hawley Tariff Act von 1930, mit dem die USA die Aufhebung der Meistbegünstigungsklauseln in fast allen Industrieländern herbeiführten.

Die Folge war ein auf nationalen Egoismen beruhender internationaler Handelskrieg, der dazu führte, dass das Gesamtvolumen des Welthandels 1938 um 60% unter dem von 1929 lag.

Die so hervorgerufene Verschärfung der Wirtschaftsdepression trug entscheidend zum Aufstieg des Totalitarismus in Europa und zum Weltkrieg bei.

Wie gesagt, ich will den Teufel nicht an die Welt malen.

Noch ist das Institutionenwerk, das den Handelsmultilateralismus stützt, solider als das Handelssystem der Zwischenkriegszeit.

Geschichte wiederholt sich nicht zwangsläufig.

Man kann ihren Lauf beeinflussen.

Dazu bedarf es aber klarer Einsicht um richtige Prinzipien in der Politik.

Ich spreche ja hier heute vor einem Publikum, dass von einer christdemokratischen Stiftung eingeladen wurde.

Die Christdemokratie hat nie die antiliberalen deutsche Sonderwegsideologie der Konservativen der Weimarer Republik angenommen.

Sie wusste, dass die freiheitliche Demokratie stabilisiert wird, wenn sie in ein angemessenes internationales Umfeld eingebettet ist.

Die Europäische Einigung und die Westanbindung sind in dieser Hinsicht große politische Leistungen, vor denen sich ein Liberaler verneigen muss.

Ich will aber an dieser Stelle daran erinnern, dass zu dieser internationalen Dimension unserer eigenen Freiheit auch der freie Handel gehört.

Die Aufgabe ist umfassend.

Die Wiederbelebung der Doha-Runde sollte bei allen verantwortungsbewussten Handelspolitikern hoch auf der Agenda stehen.

Ein Scheitern oder auch nur eine Schwächung des multilateralen Handelssystems würde langfristig die Menschen hart treffen – ganz gleich, ob sie in Industrie- oder Entwicklungsländern leben.

Auch Europa muss sich intern wieder deutlicher auf das Programm der Vier Freiheiten von Rom besinnen, statt intern kleinliche Arbeitsmarktprotektionismen zu pflegen.

Und Deutschland muss sich auf seine Nachkriegstradition als Vorreiter des Freihandels besinnen – nicht nur, weil wir als Exportnation darauf angewiesen sind, sondern eben auch aus Verantwortung für Freiheit und Demokratie.

Das alles ist nicht nur eine umfassende Aufgabe, sondern eine nicht sehr zeitgeistkonforme.

Es ist eine schwere Aufgabe.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DR. OTTO GRAF LAMBSDORFF

10. September 2007

www.kas.de

Diese auf sich zu nehmen, sind die Anhänger des Freihandels allerdings schon gewohnt.

Schon 1824 sagte der große liberale englische Historiker Thomas Babington Macaulay:

„Der Freihandel, eine der größten Segnungen, die eine Regierung einem Volk erweisen kann, ist dennoch in fast jedem Lande unpopulär.“

Schielen wir also nicht immer nur nach Popularität, sondern erkennen wir die Segnung.

Und eine größere als die Freiheit gibt es wohl kaum.